

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 88 (1994)
Heft: 3

Rubrik: Zeichen der Zeit : zur Diskussion um das Wirtschaftskonzept der SPS

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

Zur Diskussion um das Wirtschaftskonzept der SPS

Ende August 1993 hat die SPS den «Entwurf eines Wirtschaftsprogramms» veröffentlicht. Ich habe den Text in der letzten Novembernummer der Neuen Wege vorgestellt, nach seinem eigenen gewichtigen Reform-Anspruch beurteilt und für zu leicht befunden.¹ Diese Kritik an einem Papier, das die Positionen des Parteiprogramms 1982 von Lugano aushebeln und sich klammheimlich aus dem Sozialismusdiskurs verabschieden wollte, ist auch in der SP-nahen Presse veröffentlicht worden. Ein prominenter Mitverfasser des Entwurfs hat darauf in der Zürcher DAZ (3.12.93) mit – doch eher verdächtiger – Vehemenz erwidert, das neue Wirtschaftsprogramm beinhalte «eine radikale Veränderung, einen grundlegenden Umbau unseres wirtschaftlichen und politischen Systems». Dass ich den Autoren die Absicht unterstelle, «mit dem Parteiprogramm statt mit dem Kapitalismus zu brechen», sei «die infamste» meiner «Infamien»...

In der Zwischenzeit ist aus dem «Entwurf» ein verbindlicher «Antrag des Parteivorstandes an den Parteitag vom Juni 1994»² geworden. Die kritischen Stimmen haben im revidierten Text sogar Wirkung hinterlassen.³ Aber zu wenig, um den Widerspruch zwischen Parteiprogramm und Wirtschaftskonzept zu überbrücken. Aber doch soviel, dass dieser Widerspruch nun einer im Konzept selbst geworden ist. Die Option für einen demokratischen Sozialismus soll zwar offenbleiben, aber gleichzeitig wird der «soziale Friede» zum vorrangigen Ziel sozialdemokratischer Politik erklärt. Die globale Dimension, Kernstück eines sozialistischen Internationalismus, folgt weiterhin nicht der Forderung der Gerechtigkeit, sondern dem Wettbewerb um nationale «Standortvorteile». Wie

Marktwirtschaft an Gemeinwohl und Umwelt gebunden werden könnte, um sowohl sozial als auch ökologisch, geschweige denn sozialistisch zu sein, ist eine nach wie vor ungelöste Frage.

Verbale Konzessionen

Um das Erfreuliche meiner Zwischenbilanz vorwegzunehmen: Der Abschied der Autoren von «demokratischem Sozialismus» und «Überwindung des Kapitalismus» im ersten Entwurf hat sich als voreilig erwiesen. Es gibt noch immer Genossen und Genossinnen, die so schnell die Segel nicht streichen wollen. Warum sollten sie auch? Das System, das unter dem Namen «Sozialismus» zu Ende gegangen ist, hat doch nicht auch den *Dritten Weg eines demokratischen Sozialismus* desavouiert. Im Gegenteil, angesichts der Unfähigkeit des Kapitalismus, die wichtigsten Menschheitsfragen auch nur ansatzweise zu lösen, erweist sich dieser Dritte Weg als notwendiger und aktueller denn je.

Das revidierte Wirtschaftspapier, das – wie schon der erste Entwurf – den Kapitalismus «sozial, ökologisch und geographisch blind und zerstörerisch» (S. 26) nennt, lässt das geltende *Parteiprogramm der SPS* nicht mehr im Archiv vergilben, sondern erklärt jetzt: «Das Parteiprogramm der SP von 1982 fordert zurecht die Überwindung des Kapitalismus, welcher aufgrund seiner inneren Widersprüche die grundlegenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme nicht löst. Eine weltweite, breite Diskussion innerhalb der demokratischen Linken muss die Frage beantworten, was angesichts der neuen Fragestellungen künftig demokratischer Sozialismus politisch und wirtschaft-

lich bedeutet und wie wir ihn gegen die Logik des Kapitals durchsetzen können» (S. 27f.)

«Überwindung des Kapitalismus» scheint also nicht ganz vom Tisch zu sein. Und auch der Begriff des «demokratischen Sozialismus», den der erste Entwurf nicht einmal mehr der Erwähnung für wert befand, wird wenigstens dem Wort nach rehabilitiert. Dennoch mag Freude über diese Anleihen beim Programm von 1982 nicht aufkommen. Denn Überwindung des Kapitalismus und Übergang zu einem demokratischen Sozialismus werden immer noch einem *Moratorium von zwölf Jahren* unterstellt. Mag Kapitalismus noch so zerstörerisch, seine Überwindung noch so legitim, demokratischer Sozialismus noch so gefragt sein, der revidierte Entwurf vertröstet die Parteilinke auf spätere Zeiten. Denn «dieses Wirtschaftskonzept macht klar: In den kommenden zwölf Jahren steht die Überwindung des Kapitalismus in den entwickelten Industrieländern absehbar nicht auf der Tagesordnung. Es fehlt heute an mehrheitsfähigen politischen Kräften, die dies wollen, und es fehlt an einem überzeugenden Konzept zur Überwindung des Kapitalismus. Dieses muss von der Linken erst noch erarbeitet werden. Dieser Prozess ist notwendig, braucht aber seine Zeit» (S. 28).

Dass in den nächsten zwölf Jahren die Überwindung des Kapitalismus nicht «absehbar» sei, ist Lesen im Kaffeesatz, wird zumindest durch «dieses Wirtschaftskonzept» überhaupt nicht «klar». Genausowenig konnte vor zwölf Jahren ein welthistorischer Umbruch wie das Ende des «real existierenden Sozialismus» vorausgesagt werden. Die Geschichte richtet sich nach keinen «Generallinien» und auch nicht nach «Wirtschaftskonzepten», wohl aber nach dem Willen der Menschen, Unrechtssysteme zu verändern. Ein globales Unrechtssystem ist der Kapitalismus. Seine Überwindung ist entweder immer oder nie angesagt. Was es braucht, ist nicht die Vertröstung auf «das überzeugende Konzept zur Überwindung des Kapitalismus», sondern Tausende von kleinen

Schritten, die schliesslich auch qualitative Änderungen bewirken, z.B. in Richtung Wirtschaftsdemokratie. Der «Prozess», der «seine Zeit» braucht, findet in der *Praxis* statt, die *hier und heute* beginnen muss. Ohne diese Praxis gibt es auch keine relevante Theorie. Wer zwölf Jahre auf ein «überzeugendes Konzept» wartet, wird es nie bekommen, weder in zwölf noch in vierundzwanzig Jahren.

Ein Zwölfjahresplan zur Reform des Kapitalismus, die dann später allenfalls von einem «überzeugenden Konzept» des «demokratischen Sozialismus» abgelöst werden könnte, folgt einem technokratischen, nicht einem sozialetischen Denken. Dieses Planen tut der Geschichte Gewalt an, statt von ihr zu lernen. Geblieben ist im revidierten Papier auch das Wort vom «Zeitalter des *Pragmatismus* und nicht der Theorie» (S. 52), mit dem John Kenneth Galbraith zitiert und als Vordenker für die SPS vorgestellt wird. Der Kapitalismus darf also überwunden werden, aber bitte erst in den Jahren 2005ff., sofern dann dieses «Zeitalter des Pragmatismus» solche Radikalität überhaupt noch zulässt!

Sozialismus oder «Korporatismus»?

Dass dies alles kein Streit um Worte ist, zeigt der übergeordnete Stellenwert, der dem «*sozialen Frieden*» (mit dem Kapital) in diesem Wirtschaftsprogramm zukommt. Der «soziale Friede» wird zum vorrangigen Ziel sozialdemokratischer Politik erklärt (S. 21, 72), als ob nicht gerade der vom Programm analysierte «Klassenkampf von oben» (S. 20) zeigen müsste, dass es diesen Frieden nicht gibt und als einen positiven, dauerhaften Frieden auch nicht geben kann. Mehr noch: «Überwindung des Kapitalismus» wird als Ziel der Sozialdemokratie doch gerade aufgegeben, wenn diese sich hier und heute auf das ganz andere Ziel des «sozialen Friedens» verpflichtet. Hans Schäppi, Vizepräsident der Gewerkschaft Bau und Industrie, hat als erster vor dieser «national-korporatistischen Stossrichtung» als einem «proble-

matischen Grundzug des Programm-
wurfs» gewarnt.⁴

Die Fronten haben sich offenbar ver-
tauscht: War es früher das Kapital, das die
Arbeit auf «sozialen Frieden» verpflichten
wollte, will der Entwurf das renitente – und
sich erst noch globalisierende – Kapital auf
«sozialen Frieden» im Interesse des
«Wirtschaftsstandortes Schweiz» zurück-
binden. Sogar eine *Volksinitiative* ist an-
gesagt, die den Anspruch aller Beschäftig-
ten auf einen Gesamtarbeitsvertrag in der
Verfassung verankern und dadurch «den
sozialen Frieden in der Schweiz» (S. 72)
«verteidigen» soll. Man glaubt sich zu-
rückversetzt in vergangene Zeiten, als sol-
ches in den Programmen des politischen
Katholizismus stand, der auf diese Weise
die Idee der berufsständischen Ordnung
und der «Ständeversöhnung» auf die
schweizerische Wirtschaft übertragen
wollte.

Nichts gegen *Gesamtarbeitsverträge*,
vor allem hart erkämpfte in dieser Zeit.
Gesamtarbeitsverträge aber, die nur den
sozialen Frieden sichern und damit auch
das Streikverbot als nationalen «Standort-
vorteil» garantieren sollen, liegen nicht im
Interesse der Arbeitenden. Schon gar nicht,
wenn die Gesamtarbeitsverträge künftig
von Verfassungen wegen eingehalten wer-
den müssten. Die Folge wäre eine weitere
Entpolitisierung der Arbeitenden, ohne
dass sie für ihre «Vertragstreue» einen be-
sonderen sozialen Fortschritt einhandeln
könnten. Das zeigt der Vergleich mit In-
dustrielländern, die diesen «Mythos des
Arbeitsfriedens» nicht kennen.⁵

Wer an den sozialen Frieden mit dem
Kapital glaubt, der glaubt auch an die po-
tentielle Friedfertigkeit des Kapitalismus.
So wie das vorliegende Wirtschaftspro-
gramm den Kapitalismus sieht und kriti-
siert, ist dieser Friede aber nicht in Sicht;
sonst müsste die Überwindung des Kapi-
talismus ja wirklich zurückgenommen und
durch den «sozialen Frieden» ersetzt wer-
den. Der Eindruck ist nicht von der Hand zu
weisen, *Adressat des Papiers* seien nicht
die Genossinnen und Genossen von der
SPS und nicht die alternativen Kräfte in

diesem Land, sondern die aufgeklärten
Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen (vorab
der kleineren und mittleren Unternehmen),
denen der soziale Friede als nationaler
Standortvorteil schmackhaft gemacht wer-
den soll.

Als 1937 das «Friedensabkommen» in
der Maschinen- und Metallindustrie abge-
schlossen wurde, wunderte sich *Ragaz*:
«Soll denn der Sozialismus aufgegeben
werden, der auf die grundsätzliche, wenn
auch nicht notwendig gewaltsame Umge-
staltung der ganzen Wirtschaftsordnung
abzielt? Soll der Arbeiter ewig Industrie-
Untertan bleiben?» Was man den «Arbeits-
frieden» nenne, schaffe «nicht die Arbeits-
demokratie, welche die Fortführung der
politischen Demokratie sein» müsste. Für
Ragaz tauchte hinter der Ideologie des so-
zialen Friedens gar «das Ideal des ordent-
lich behandelten und ordentlich ernährten,
zufriedenen Arbeiter-Heloten auf, so wie es
Nietzsches Traum war».⁶

Die entscheidenden Fragen

Welches sind denn eigentlich, die bren-
nenden Fragen, auf die ein sozialdemo-
kratisches Wirtschaftskonzept Antworten
suchen müsste? Sie werden in diesem Pa-
pier benannt als ökologische Zerstörung,
wachsende Kluft zwischen Arm und Reich,
zunehmende Massenarbeitslosigkeit – und
dies alles sowohl national als auch inter-
national. Gut tönt ein Satz wie: «Die Logik
des Kapitals muss sich national und inter-
national den demokratisch formulierten
Bedürfnissen der Menschen unterordnen»
(S. 11). Aber was heisst das konkret, vor
allem für ein Konzept, das der «*Logik des
Marktes*» so hohe Priorität einräumt, dass
die *Logik des Gemeinwohls* zwangsläufig
zu kurz kommt?

Indem das Papier fast immer nur inner-
halb der Marktlogik argumentiert, hin-
terlässt es den Eindruck, die erwähnten
Probleme seien lösbar, wenn es mehr Wett-
bewerb, bessere Technologien, neue Inno-
vationen und dann noch etwas Steuer-
gerechtigkeit gäbe. Nur in ein paar dünnen
Sätzen schert das Konzept aus dieser Logik

aus, indem es von «*Investitionslenkung*», «demokratisch kontrollierter Industrie- und Technologiepolitik» sowie von «Rahmenplanung» (S. 40) spricht. Doch ganz im Gegensatz zu detaillierten Angaben über zweitrangige Fragen, wie Swissmetro und Glasfaserkabel, fehlt hier die konkrete Ausführung der Begriffe. Ebenso verschwommen bleibt das Postulat der «*Demokratisierung der Wirtschaft*» oder der «Mitbestimmung». Es wird zwar mehrfach erwähnt (S. 13, 34, 39f., 51), doch über die Qualität dieser Partizipation der Arbeitenden an den ökonomischen Entscheidungen im Verhältnis zur heutigen Alleinbestimmung des Kapitals hüllt sich das Papier in Schweigen. Wie wär's mit einer paritätischen Mitbestimmung dort, wo die eigentlichen Entscheidungen fallen: in den Vorständen der transnationalen Konzerne? Oder ist das kein Traktandum für die nächsten zwölf Jahre?

Wie die Linke der grassierenden *Arbeitslosigkeit* zu Leibe rücken will, bleibt nach der Lektüre dieses definitiven Entwurfs weiterhin unklar. Die Arbeitszeitverkürzung auf die 35-Stunden-Woche (S. 69) reicht da nicht aus, vor allem dann nicht, wenn das gleiche Recht auf Erwerbsarbeit den Frauen wie den Männern zukommen soll. Die weitergehende Frage nach dem Sinn der Arbeit und damit auch nach sinnvoller Arbeit in einem «zerstörerischen» Kapitalismus wird nicht mehr gestellt. Schon gar nicht die Frage, wie Arbeit neu definiert, in ihrer heutigen Tauschwertrationalität hinterfragt werden müsste, um die *Rollenteilung der Geschlechter* nach Hausarbeit und Erwerbsarbeit zu überwinden. «... die Reformvorschläge dieses Konzeptes bewegen sich notgedrungen innerhalb der Rahmenbedingungen einer patriarchalen Ökonomie» (S. 27), heisst es.

Arbeitslosigkeit und Verarmung der Mehrheit der Menschen sollten vermehrt vor dem Hintergrund der «*Globalisierung der Märkte*» gesehen werden. Diese nimmt keine Rücksicht auf Volkswirtschaften und Produktionsstandorte, sondern verengt «die Spielräume für die Wirtschaftspolitik

der einzelnen Nationalstaaten» (S. 18f). Also wäre das Bündnis nicht mit dem nationalen Kapital gegen den Rest der Welt zu suchen, vielmehr müssten wir der Internationalen des Kapitals eine Internationale der Arbeit entgegensetzen. Statt dessen will das Papier «die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft» stärken, aber «nicht auf Kosten der Drittweltländer» (S. 30f.). Fragt sich nur: Wie denn sonst?

Das *westliche Zivilisationsmodell* entwickelte sich noch stets auf Kosten der Dritten Welt, der Frauen, der natürlichen Ressourcen und damit auch der künftigen Generationen. Es wäre daher wirklich an der Zeit, radikal zu denken und sich nicht «notgedrungen innerhalb der Rahmenbedingungen» einer sowohl kapitalistischen als auch «patriarchalen Ökonomie» zu bewegen, sondern diese Rahmenbedingungen «notgedrungen» zu sprengen. Eine Weltverträglichkeitsprüfung unseres Konsumverhaltens, eine Umkehr der Mechanismen, durch welche die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, und dringliche Krisenszenarien zur Bewahrung des Ökosystems vor der drohenden Klimakatastrophe gehörten auf die Tagesordnung eines heutigen Wirtschaftskonzepts. Doch so radikal wollen die «radikalen Reformen» der SPS nicht sein. Sie würden sonst nicht nur versuchen, im mörderischen Rennen um Standortvorteile mitzuhalten, sondern «die Solidarität der ganzen Welt als höchste Ethik des Überlebens»⁷ begreifen.

1 Zeichen der Zeit: Ein Sozialismus-Moratorium der SPS? NW 1993, S. 333ff.

2 Mit radikalen Reformen die Zukunft gestalten. Vorschläge der SP Schweiz zur Wirtschaftspolitik für die Jahre 1994-2005. Antrag des Parteivorstandes an den Parteitag vom Juni 1994. Die Seitenzahlen beziehen sich auf diese revidierte Fassung des ursprünglichen «Wirtschaftsprogramms».

3 «Kurzkomentare zum Wirtschaftskonzept» mit Zustimmung und Kritik finden sich im Anhang zum revidierten Wirtschaftskonzept, S. 102ff.

4 Kurzkomentare, a.a.O., S. 110.

5 Vgl. WIDERSPRUCH-Sonderband: Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos, Zürich 1987.

6 NW 1937, S. 399; 1944, S. 529.

7 Club of Rome, Die Globale Revolution – Bericht 1991, SPIEGEL SPEZIAL 2/1991, S. 130.